



Luzi Stamm
Pilgerstrasse 22
5405 Baden-Dättwil
Telefon 056 / 493 47 07

www.luzi-stamm.ch

luzi.stamm@parl.ch

Sozialisten geben zu, Ziele via EU-Beitritt anzustreben

Es ist erstaunlich, wie sich linke Kreise plötzlich für politische Ziele einsetzen, welche ihren Zielen diametral widersprechen. Paradebeispiel ist die Tatsache, dass sich die „Grünen“ an vorderster Front für die Öffnung für die 40-Tonnen-Lastwagen einsetzen. Auf den ersten Blick völlig widersprüchlich ist auch die „Öffnungs-Politik“ der Linken (vor allem auch in Deutschland), welche ihren Wählern - den einfachen Arbeiterkreisen - pure Armut bringt.

Konsequente SP

Die „Öffnungs-Politik“ der Linken und Grünen ist jedoch verständlich, sobald man sich vor Augen hält, dass hinter allem doch das zentrale Ziel steht, der EU beizutreten. Die Haltung der Sozialisten ist nur scheinbar widersprüchlich, im entscheidenden Punkt ist sie konsequent: Ziel des Sozialismus war und ist seit jeher eine internationale Gleichschaltung, natürlich auch eine Gleichschaltung des Wohlstands. Die massgebende Elite der Sozialisten vertritt die Philosophie, dass es keine Wohlstandsunterschiede zwischen den verschiedenen Völkern geben darf. Die Interessen des Schweizer Arbeitnehmers sind dabei uninteressant. Wichtig ist nur, dass die Gesetze, die Rahmenbedingungen, der Wohlstand (und somit auch die Einkommen und Preise) überall gleichgeschaltet werden.

Logisch ist auch, dass alle, die eine internationale Gleichschaltung als Ziel anstreben, unsere direkte Demokratie für einen Gräuel halten, den es zu eliminieren gibt. Wer die Welt vereinheitlichen und die Staaten gleichschalten will, kann kein „unberechenbares“ Land gebrauchen, bei dem man nie weiss, wie die Bevölkerung an der Urne entscheiden wird. Es ist denn auch folgerichtig, wenn in den letzten Jahren die SP-Exponenten Peter Bodenmann, Ursula Koch und Franco Cavalli offen erklärten, dass es ihnen mit einem Beitritt zur EU darum geht, ihre politischen Ziele mit Hilfe von Brüssel durchzusetzen. Denn via Brüssel lässt sich das Schweizer Volk überspielen, weil mit einem EU-Beitritt die direkte Demokratie im entscheidenden Teil automatisch abgeschafft wird (z.B. springt die Mehrwertsteuer bei einem Beitritt auf 15% hinauf, das Schweizer Volk könnte nie mehr einen tieferen Prozentsatz durchsetzen, selbst wenn Hunderttausende von Unterschriften gesammelt würden).

Erstaunliche Haltung von FDP und CVP

Massgebende Sozialisten wollen ihre Ziele via EU-Beitritt erreichen. Erstaunlich ist somit nicht die Haltung der SP. Erstaunlich ist nur, dass sowohl die massgebenden Persönlichkeiten der FDP wie auch der CVP weiterhin einen EU-Beitritt anstreben. Zwar erklären sie bisweilen, zur Zeit müsse zugewartet werden. Sie befürworten jedoch nur aus taktischen Gründen eine Wartephase, weil sie sich sagen, dass sie einige Jahre Zeit brauchen, um das Volk für einen Beitritt „weichzuklopfen“ (sie nennen das „aufklären“, „informieren“ und „überzeugen“, weil das „uneinsichtige“ Volk „noch nicht so weit ist“).



Luzi Stamm
Pilgerstrasse 22
5405 Baden-Dättwil
Telefon 056 / 493 47 07

www.luzi-stamm.ch

luzi.stamm@parl.ch

Durch die Gutheissung der Bilateralen Verträge hat nun die Wirtschaft erreicht, was sie wollte. Auch diejenigen Schweizer, die in der EU Wohnsitz nehmen wollen (Spezialisten, die im Ausland arbeiten; Studenten etc.) haben nach Gutheissung der Bilateralen I, was sie brauchen. Wer nun weiter in die EU will, der kann keine wirtschaftlichen Gründe mehr geltend machen. Jetzt geht es nur noch um das politische System unserer direkten Demokratie mit ihren Volksrechten Initiative und Referendum: Soll eine Politikerelite in Brüssel das Sagen haben oder weiterhin das Schweizer Volk (notfalls via Sammeln von Unterschriften)? „EU-Beitritt ja oder nein“ hat nichts mit Öffnung zu tun und schon gar nichts mit Weltoffenheit. Vielmehr geht es nur um die Frage, wer in Zukunft die wichtigen Entscheide treffen kann. Es geht also um die Frage der Macht.

Ich hätte es früher nicht für möglich gehalten, dass der gesamte Bundesrat und sogar praktisch die gesamten Eliten von FDP und CVP nicht mehr hinter der direkten Demokratie stehen, sondern diese im wesentlichen Teil abschaffen („verwesentlichen“) wollen. Das steht im extremen Widerspruch zu dem, was die Bürgerlichen bis vor kurzem zuoberst auf ihre Fahnen geschrieben haben. Einfache Arbeiter mögen zwar den annähernd 100 Jahre alten Satz zitieren: „Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten?“. Aber die Inkonsequenz liegt weniger bei den Sozialdemokraten, auch wenn diese wacker mithelfen, Wohlstand und Mitsprache der Schweizer Arbeitnehmer zu demontieren. Die wahre Inkonsequenz liegt bei den Bürgerlichen, welche die direkte Demokratie auf dem Altar eines EU-Beitritts opfern wollen.

Im September 2005 steht die Abstimmung über die Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die neuen zehn EU-Staaten auf dem Programm. Der freie Personenverkehr ist das Nivellierungsinstrument par excellence. Sie bringt der einfachen Schweizer Bevölkerung Nivellierung nach unten. Das Allermindeste wäre, vor einer Ausweitung wenigstens vorerst die 12-jährige Übergangsfristen abzuwarten, die uns mit den Bilateralen I eingeräumt worden war. Was sind schon 12 Jahre in der Geschichte eines Landes? Aber in 12 Jahren sind all die Spitzenpolitiker, deren Lebensziel das Prestige eines EU-Beitritts ist, nicht mehr am Ruder. Also ist es für sie kein Thema, so lange zu warten. Zu gross ist ihr Bestreben, die Mitsprache der Bevölkerung in den wichtigsten Fragen für immer zu opfern, damit Politiker-Gremien die Entscheide in Brüssel treffen können.

Luzi Stamm